

Wir wollen eine Energiewende, die realistisch und durchführbar ist.

Die jetzigen Vorschläge sind das nicht!

Es geht um die Reduzierung von Treibhausgasen. Die Emissionen aus Treibhausgasen sind Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O).

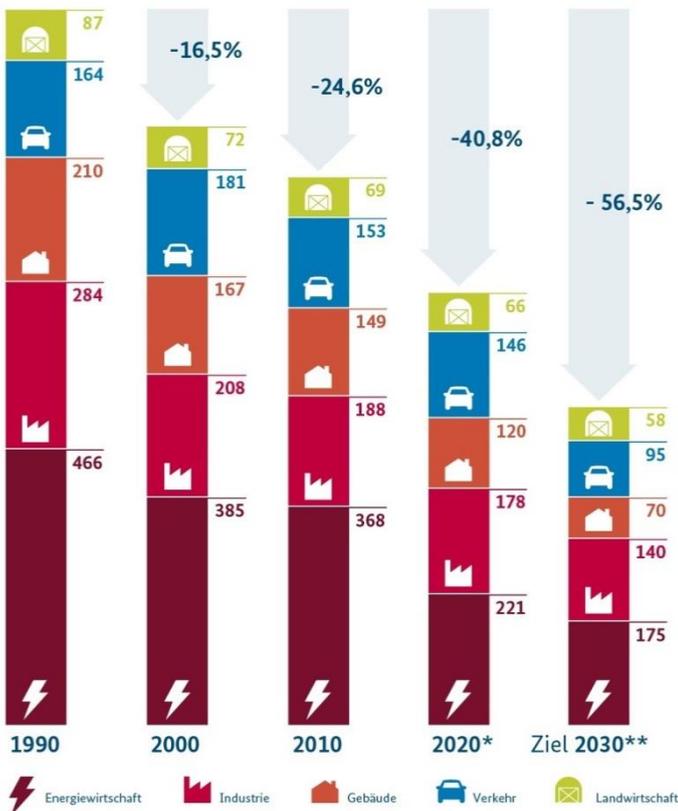
Es gibt Emissionen aus der Natur, wie beispielsweise Ruß aus Vulkanausbrüchen oder CO₂ aus Waldbränden. Und es gibt auch von Menschen verursachte (anthropogene Treibhausgase), wie zum Beispiel Feinstaub, CO₂ und F-Gase (1,5%) aus Verkehr und Wärme- und Stromerzeugung oder Methan aus Ackerbau und Tierhaltung.

Nach Bereichen in Zahlen von 2022 (in Klammern 1990):

Energie:	34,3%	(37,9%)
Industrie (Stahl, Zement, Chemie):.....	22,0%	(22,3%)
Gebäude:	15,0%	(16,8%)
Verkehr:.....	19,8%	(13,0%)
Landwirtschaft:.....	8,3%	(6,6%)
Abfall, Abwasser:.....	0,6%	(3,3%)

2020: Mehr als 40 Prozent weniger Treibhausgasemissionen als 1990

Energiesektor halbiert seine Emissionen im Vergleich zu 1990



Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren (in Mio t CO₂-Äquivalente)

* Daten für 2020 vorläufige Zahlen

** Jahresemissionsmengen aller Sektoren für 2030 laut Klimaschutzgesetz

Die bekanntesten Treibhausgase:

CO₂ Kohlenstoffdioxid ist ein wasserlösliches Gas, das von Natur aus in der Luft vor-kommt. Bäume und Pflanzen wandeln CO₂ in Energie und Sauerstoff um. Auch der Mensch stößt CO₂ aus, etwa bei der Verbrennung von Erdöl, Kohle oder Erdgas. In der Atmosphäre behindert das Gas, dass die Wärme der Erde ins All abgestrahlt werden kann.

Methan (CH₄) ist rund 25-mal klimaschädlicher als CO₂. Mit etwa 12,4 Jahren ist seine durchschnittliche Lebenszeit in der Atmosphäre zwar wesentlich kürzer, jedoch wirkt es über einen kurzen Zeit-raum sehr stark erwärmend. Über 63 Prozent entstehen in der Landwirtschaft, beim Bearbeiten und Düngen des Bodens oder in der Tierhaltung. In der Atmosphäre wird CH₄ in verschiedenen Reaktionen schließlich zu Kohlenstoffdioxid

F-Gase: Viele fluorierte Treibhausgase verweilen sehr lange in der Atmosphäre. Sie kommen nicht in der Natur vor, sondern werden gezielt für ihren Einsatz zum Beispiel als Treibgas in Spraydosen, als Kühl- und Löschmitteln oder in Dämm-stoffen hergestellt.

CO₂-Äquivalente: Um die Wirkung verschiedener Treibhausgase vergleichbar zu machen, wird ihre Auswirkung auf die Erderwärmung im Vergleich zu einer Tonne CO₂ angegeben, man spricht hier von CO₂-Äquivalenten. Eine Tonne Methan zum Beispiel fließt als '25 Tonnen CO₂-Äquivalente' in die Treibhausgas-Statistiken ein.

<https://helmholtz-klima.de/faq/was-sind-emissionen-und-wie-entstehen-sie>

Von 1990 bis 2022 wurden nur in der Energiewirtschaft und Abfallwirtschaft Einsparungen erzielt, im Verkehr gab es eine deutliche Zunahme von 13 % auf 19,8 %.

Die Dekarbonisierung der einzelnen Bereiche wird hoch subventioniert, 2021 zusätzlich mit 8 Mrd. Euro Subventionen.

Begonnen wurde 2016 mit einer Kaufprämie für E-Autos. Bis zu 6.000 Euro für Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge und bis zu 4.500 Euro für aufladbare Hybridelektro-Autos wurden gewährt. Mit dem Konjunkturpaket wurde die Förderung noch einmal ausgebaut, sodass (zusammen mit der befristeten Mehrwertsteuersenkung) Preisvorteile von 10.000 Euro zusammenkommen konnten.

Weiterhin fördert das BMU (jetzt BMWK) seit 2018 die Beschaffung von Elektrobussen für den öffentlichen Personennahverkehr. Hierfür standen bis zu

620 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds bereit.

Die Bundesregierung hatte im Oktober 2019 das Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen und für klimaschutzrelevante Maßnahmen für den Zeitraum 2020 bis 2023 Mittel in Höhe von etwa [54 Milliarden](#) Euro bereitgestellt hat. Das Klimaschutzprogramm 2030 ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaziele 2030.

CO₂-Preise im Jahr 2023

Brennstoff	Emissionsmenge	CO ₂ -Preis 2023 netto	CO ₂ -Preis 2023 brutto
Heizöl	2,68 kg / Liter	8,03 Cent / Liter	9,55 Cent / Liter
Erdgas	181 g / kWh	0,54 Cent / kWh	0,58 Cent / kWh
Benzin	2,39 kg / Liter	7,18 Cent / Liter	8,55 Cent / Liter
Diesel	2,68 kg / Liter	8,03 Cent / Liter	9,55 Cent / Liter

Öl und Gas werden durch die [CO₂ Bepreisung](#) teuer, aber erst ab 2024. Ab 2023 müssen auch die [Mieter](#) abhängig vom Energieverbrauch des Gebäudes einen Teil tragen (sehr gut isoliert 100 %, sehr schlecht 5 %). Ein Anreiz zur energetischen Sanierung, was aber die Mietpreise in die Höhe treiben wird.

Nun zum Thema „Dekarbonisierung“ der Heizungen.

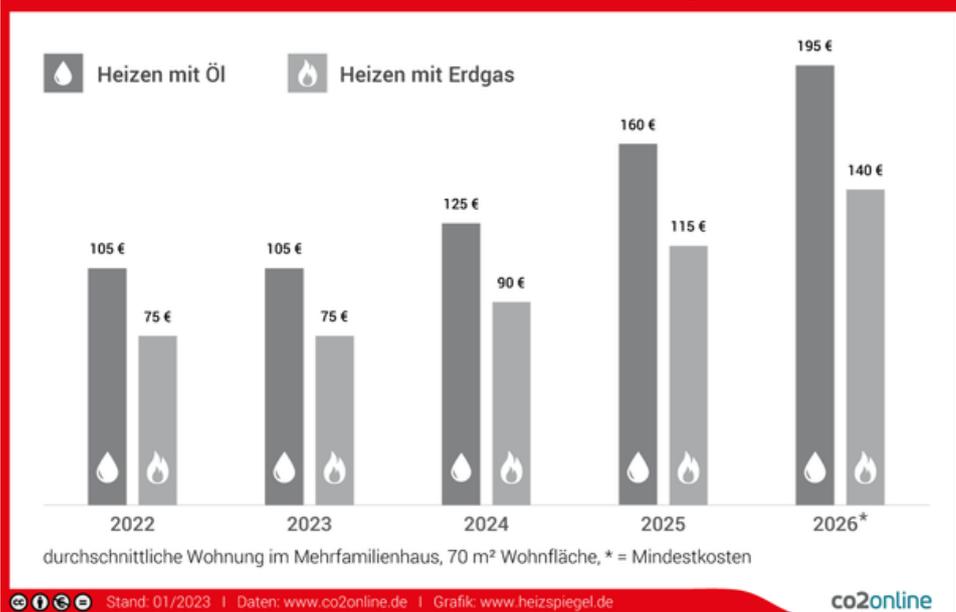
Seit 2021 wird eine Abgabe für den Handel mit Heizöl, Erdgas, Flüssiggas, Benzin und Diesel erhoben. Diesen CO₂-Preis geben die Händler*innen weiter an ihre Kund*innen. Heizen und Autofahren wird also teurer. Dafür sinken die Kosten an anderer Stelle – und seit 1. Januar 2023 müssen viele Mieter*innen nur noch einen Teil übernehmen.

Mietsteigerungen

Die Mieten steigen, bei Vonovia im Schnitt um 4 % beim anderen 1 % jährlich.

Aktuell dürfen 8 % der der entfallenden Modernisierungskosten max. 3 € / m² als Modernisierungsumlage anteilig auf die Wohnung umgelegt werden.

Heizung: Mehrkosten durch CO₂-Preis



Jetzt droht die Heizungsumstellung!

Die Bundesregierung will dazu 10 % Modernisierungsumlage dazu genehmigen, jedoch max. 0,50 € / m² Wohnfläche, bei 70 m² also max. 35 €.

Grundsätzlich ein guter Vorschlag, aber ohne energetische Gebäudesanierung wird es keine neue Heizung geben, zumindest nicht mit Wärmepumpe. Also wird der Spaß für Mieter*innen doch teuer!

Im Wahlkampf hatten die Grünen ein Klimageld für die Mieter*innen zur Abfederung dieser Kosten versprochen. Bisher ist noch nichts passiert.

Was fordert DIE LINKE?

Im [Sofortpaket-Wärmewende der Linken](#) wird unkritisch die Zahl von 30 % Treibhausemissionen durch Gebäudeheizungen übernommen, obwohl das Umweltbundesamt und alle anderen Institute von 15 % sprechen. Die Dekarbonisierung von Heizungen ist sicherlich sinnvoll und muss angegangen werden aber nicht mit der Brechstange. Es gibt z. Z. nicht die technische Lösung für alle Probleme.

Die elektrische Wärmepumpe

Nur bei Niedertemperaturheizungen macht eine Wärmepumpe Sinn und genügend grüner Strom muss vorhanden sein. Um wirtschaftlich eine Wärmepumpe für eine normale Warmwasserheizung (Heizkörper) mit Vorlauftemperaturen bis zur 75° betreiben zu können, müsste die kWh um die 10 Cent kosten. Aktuell liegen die Preise bei ca. 35 Cent / kWh bei Strom und etwa 14 Cent beim Gas. U. a. gibt es auch Erdgaswärmepumpen ab 100 kWh Leistungen mit höherem Wirkungsgrad.

Der Strompreis

Das [Merit-Order-System](#) zur Strompreisfindung sorgt dafür, dass der Strompreis sich wie der Gaspreis entwickelt. Strom aus Gas ist am teuersten und deshalb ist auch der Strom so teuer. Spanien hat für sich das System für 2023 abgeschafft und verlangt das die EU den Strommarkt reformiert. Die Strompreisbremse In Deutschland ist nur eine kurzfristige Notlösung und senkt nicht die Profite der Anbieter, sondern sorgt für hohe Staatssubventionen. Hier besteht Handlungsbedarf!

Problem Modernisierungsumlage

Egal wie eine defekte Heizung ersetzt wird, es werden Kosten entstehen. Sicherlich ist gibt es einen Unterschied ob ich in einem Miethaus wohne und die kaputte Heizung ausgetauscht wird oder in meinem eigenen Haus. Die LINKE meint eine soziale Abfederung bei Mietern ist bei den bereits hohen Mieten besonders wichtig, die Mieter*innen dürfen daran nicht beteiligt werden.

Förderprogramm nach Einkommen

Aber auch bei älteren Menschen mit Wohnungseigentum oder eigenem Haus kann eine kaputte Heizung zu Problemen führen. Eine Heizungsumstellung ohne

Modernisierungsmaßnahmen, die zur Mieterhöhung berechtigen, sind bauliche Maßnahmen,

- durch die in Bezug auf die Mietsache **Endenergie** nachhaltig eingespart wird (energetische Modernisierung),
- durch die der Wasserverbrauch nachhaltig reduziert wird,
- durch die der Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöht wird,
- durch die die allgemeinen Wohnverhältnisse auf Dauer verbessert werden und
- die aufgrund von Umständen durchgeführt werden, die die Vermietende nicht zu vertreten hat (soweit es keine Erhaltungsmaßnahmen sind).

Die Vermietende darf nach Durchführung solcher Modernisierungsmaßnahmen eine **Erhöhung der jährlichen Miete um 8 % der anteilig auf die Wohnung entfallenden Modernisierungskosten** verlangen. Beispiel: Betragen die umlagefähigen Modernisierungskosten für die 50 m² große Wohnung 9.600 €, so kann sich die monatliche Miete um 64 € (9.600 € x 8 % durch 12 Monate) bzw. 1,28 €/m² monatlich erhöhen. Zusätzlich gilt eine absolute **Kappungsgrenze** für Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen. Die monatliche Miete darf sich innerhalb von sechs Jahren nicht um mehr **als 3 €/m²** erhöhen. Beträgt die monatliche Miete vor der Mieterhöhung weniger als 7 €/m², so darf sie sich nicht um mehr als 2 €/m² erhöhen.

Zusatzkosten wird aber sicherlich aus Steuern oder Schulden nicht allein finanzierbar sein.

Wohngemeinnützigkeit fördern nicht Profite

Gesellschaften, die bereits jetzt riesige Gewinne durch Vermietungen erzielen, müssen aus ihrem Eigenkapital die Maßnahmen durchführen, ohne Subventionen und Mieterhöhungen, ansonsten sollten sie als gemeinnützliche Unternehmen umfirmiert werden, meint DIE LINKE.

Unsere Forderung einer **kommunalen Wärmeplanung** will die Regierung nun umsetzen. Schauen wir uns aber das Gesetz erst mal genauer an. DIE LINKE sollte aber beim Vergleich mit den Skandinavischen Ländern vorsichtig sein. Bei kleiner Bevölkerungszahl und preiswerten Atomstrom und aus Wasserkraft sind Wärmepumpen und Elektroheizungen eher möglich als bei uns.

Gute Löhne für gute Arbeit, auch beim Handwerk!

Eine richtige Forderung der LINKEN, aber woher nehmen? Es liegt auch am Lohn und den Arbeitsbedingungen, aber nicht nur. In den nächsten Jahren gehen mehr Menschen in Rente als junge Menschen ins Berufsleben starten. Fachkräfte fehlen überall. Ein weiteres Brain Drain, also Abwerben von Fachkräften aus anderen EU-Ländern führt dort zu Lücken und endsolidarisiert Europa. Die Hemmnisse beim Zuzug von Menschen aus allen Ländern und Ausbildung in Deutschland ist die richtige Forderung.

Finanzierung der Wärmewende als Verteilungsfrage

Nicht nur die Wärmewende, sondern alle staatlichen notwendigen Investitionen sind nur möglich, wenn, wie z.B. in Spanien, UK und Frankreich, die Übergewinne bei der Energie und Vermögen durch Steuern abgeschöpft werden. Alle mit Sondervermögen, also Schulden, zu finanzieren, ist nicht möglich.

Auch sollte genauer hingesehen werden, wo Subventionen sinnvoll sind und wo nicht. Unternehmen mit riesigen Gewinnen (Automobil, Energie, Chemie, Banken) benötigen keine Subventionen. Obwohl die größten Stromverbraucher schon Strompreise unter 10 Cent / kWh bezahlen sollen die noch weiter subventioniert werden, das geht nicht. Wir Verbraucher*innen bezahlen diese Subventionierung mit hohen Strompreisen, denn irgendwo müssen die Gewinne herkommen.

Was muss sich ändern?

Die nächsten zehn Jahre entscheiden. Die bisherige Veränderungsgeschwindigkeit beim Klimaschutz gegenüber den letzten 30 Jahren muss sich bis 2030 verdreifachen. Bis 2045 sind notwendige Investitionen von 1 Billion Euro und in Ersatz oder Instandhaltung bereits bestehender Infrastruktur, Anlagen oder Gebäuden Zusatzinvestitionen in Höhe von 5 Billionen Euro notwendig, meint [McKinsey](#). Das sind ca. 300 Mrd. im Jahr!

Klar ist, das Geld hat die Bunderegierung nicht und wird von der FDP durch Vermögens- und Luxussteuern auch nicht zur Verfügung gestellt werden. Also

sollten realistischen Planungen und Gesetze verabschiedet werden, die auch finanzierbar sind.

DIE LINKE sollte ein realistisches Programm fordern!

Wir brauchen keine Stahlerzeugung mit Wasserstoff für den Panzerbau, endlose Pkw-Produktion und überwiegend Stahlbetonbauten. Ressourceneinsparung und Alternativen sollten Vorrang bei den Subventionen haben.

Bei der Gebäude- und Heizungssanierung sollten vorrangig die Häuser mit sehr hohen Emissionen gefördert werden. Genauso macht es keinen Sinn, Busse und Bahnen, die viele Menschen befördern, mit viel Geld sofort auf grüne Elektrifizierung umzustellen. Erst sollte der ÖPNV ausgebaut werden, sodass der Individualverkehr verringert werden kann, auch auf dem Lande.

Es muss regelnd eingegriffen werden, um den privaten Pkw- und Dienstwagenverkehr, sowie Güterverkehr auf der Straße zu reduzieren und das Tempolimit muss her. Insbesondere Pkws benötigen viele Ressourcen in der Herstellung, nehmen viel versiegelten Platz weg und werden wenig benutzt. Genauso muss bei Inlandflügen, Nutztierhaltung, geringe Haltbarkeit von Elektrogeräten und Kleidung der Fokus auf Regulierung stehen.

Auch bei der Dekarbonisierung der Stromproduktion und Speicherung muss immer der Nutzen zum Ergebnis, also Kosten stimmen. Biogas, thermische Kollektoren, Erdwärme, Speicherung von Wärme aus Klima und Kühlanlagen und Wärmerückgewinnung bei der Gebäudebelüftung sind viele Möglichkeiten, Energie einzusparen und neue Energie zu gewinnen.

Das Leben wird dadurch nicht schlechter und die Menschen nicht unglücklicher.

Wir als LINKE haben viele gute Forderungen, müssen aber die Regierung insbesondere wegen ihrer unrealistischen Programme kritisieren, die den Menschen Angst machen. Mit realistischen Forderungen, könnten wir auch unsichere Bürger*innen wieder für uns gewinnen.

Klaus Murawski, 6.7.2023

 DIE LINKE.
Bezirksverband Reinickendorf
Ortsverband Nord